

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Catenhusen, Auch, Berschkeit, Börnsen, Fischer (Homburg), Grunenberg, Matthöfer, Meininghaus, Ibrügger, Reuter, Dr. Steger, Frau Terborg, Vosen, Voigt (Frankfurt), Schlaga, Dr. Scheer und der Fraktion der SPD
— Drucksache 9/2091 —

Friedens- und Konfliktforschung

Der Bundesminister für Forschung und Technologie hat mit Schreiben vom 10. Dezember 1982 die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt, den Bundesministern des Auswärtigen, des Innern, für Bildung und Wissenschaft namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung

„Die Erhaltung des Friedens ist oberstes Ziel der Politik der Bundesregierung.“ *) Auf dem schwierigen Weg zu diesem Ziel braucht die Bundesregierung die freimütige Kritik und den Rat der Wissenschaft. Deshalb hält die Bundesregierung Friedens- und Konfliktforschung für unverzichtbar; sie wird diesen Forschungsbereich daher weiterhin fördern.

Auch die Friedens- und Konfliktforschung muß ihrerseits für kritische Fragen offen sein. Solche Fragen sind in den letzten Jahren aus Politik und Wissenschaft gestellt worden. Die in diesem Zusammenhang ausgesprochene Vermutung der Fragesteller der Kleinen Anfrage, durch den Austritt der CDU/CSU-geführten Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Niedersachsen aus der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) sei der „auf Initiative Gustav Heinemanns gefundene Gesellschaftskonsens in unserem Lande über die Notwendigkeit von Friedens- und Konfliktforschung“ gefährdet, trifft nach Auffassung der Bundesregie-

*) Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982

rung jedoch nicht zu. Wie die im Zusammenhang mit den Austrittserklärungen abgegebenen Begründungen der genannten Bundesländer belegen, wird nicht die Notwendigkeit der Friedens- und Konfliktforschung als solcher, sondern die Form und die Zielrichtung ihrer Förderung durch die DGFK in Frage gestellt.

Auch die Bundesregierung hält es wissenschaftspolitisch für bedenklich, daß in der Förderungstätigkeit der DGFK solche Vorhaben mitunter eine zu starke Berücksichtigung fanden, deren wissenschaftliches Vorverständnis eher umstritten und deren Theoreme und Denkfiguren zum Teil suggestiv wirken. Die Thesen von der „strukturellen Gewalt“, der Berechtigung sogenannter „Gegengewalt“ und die Definitionen von „positivem“ und „negativem“ Frieden sind Beispiele dafür. Diesen Denkfiguren ist aus der Wissenschaft unter anderem entgegengehalten worden, daß sie den „Gewaltbegriff entgrenzen“.

Die Bundesregierung ist davon überzeugt, daß auch für die Form der Förderung der Friedens- und Konfliktforschung wieder ein breiter Konsens hergestellt werden kann, wenn diese gewährleistet, daß bei der Auswahl der zu fördernden Forschungsvorhaben wissenschaftliche Qualität oberstes Kriterium bleibt und nicht etwa politische Tendenz entscheidet.

In dieser Hinsicht erwartet die Bundesregierung wertvolle Anregungen aus dem vom Wissenschaftsrat gegenwärtig vorbereiteten Gutachten.

Bei der Abgrenzung der Friedens- und Konfliktforschung folgt die Bundesregierung der u.a. auch von der UNESCO gewählten Definition der Friedens- und Konfliktforschung. Nach dem UNESCO World Directory of Peace Research Institutions (fourth edition revised, 1981) zählen zu den klassischen Feldern der Friedensforschung („traditional subjects covered by peace research“): Rüstungskontrolle, Abrüstung, Konflikt und Konfliktlösung, auswärtige Politik, internationales Recht, Sicherheit, Frieden, Gewalt und Krieg.

1. Wie und in welchem Umfang ist die Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1969 an den Hochschulen und in Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen institutionell abgesichert worden?
3. In welchem Umfang ist die Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1969 vom Bund und von den Ländern einerseits, von privaten Organisationen andererseits finanziell gefördert worden? Wie steht die Bundesrepublik Deutschland mit diesen finanziellen Aufwendungen im internationalen Vergleich da?

Institutionelle „Absicherung“ und finanzielle Förderung eines Forschungsgebietes müssen zusammen gesehen werden. Die Antwort kann sich nicht auf die wenigen Neugründungen nach 1969 – mit ihrer eher bescheidenen finanziellen und personellen Ausstattung – beschränken. Um ein vollständiges Bild zu geben, müssen auch diejenigen Institute und Institutionen, die auf dem Gebiet der Friedens- und Konfliktforschung arbeiten, aber schon vor 1969 bestanden haben, in eine Übersicht über den Stand der

Förderung und der Institutionalisierung einbezogen werden. Nur eine solche Übersicht ist dann – soweit überhaupt – international vergleichbar, macht also die Beantwortung des zweiten Teils der Frage 3 erst möglich. Zur inhaltlichen Abgrenzung von Friedens- und Konfliktforschung wird im übrigen auf die Vorbemerkung verwiesen.

Eine lückenlose Übersicht über die Höhe der von Bundesseite gewährten institutionellen Förderung ist – entsprechend dem Datenbestand der ressortübergreifenden Datenbank DASTAT des BMFT – erst beginnend mit dem Jahre 1974 möglich.

Förderungsmittel für die Friedens- und Konfliktforschung werden in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere zur Verfügung gestellt:

- Vom Bund (vor allem im Rahmen der Förderung von ihm getragener Institute sowie seit 1970 Bundesanteil – 80 v. H. – an der DGFK, die selbst wiederum Drittmittelgeber für Institute und Wissenschaftler innerhalb und außerhalb der Universitäten ist),
- von den Ländern (als Träger der Universitäten und der dort eingerichteten Lehrstühle für internationale Beziehungen und Institute sowie ab 1970 Länderanteil an der DGFK; darüber hinaus Zuschüsse des Landes Hessen für die 1970 gegründete Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung – HSFK – und Zuschüsse des Landes Hamburg für das 1971 gegründete Institut für Friedens- und Sicherheitsforschung an der Universität Hamburg – IFSH –),
- von Stiftungen (insbesondere von der Stiftung Volkswagenwerk sowie von der privaten Berghof-Stiftung, die sich schwerpunktmäßig der Förderung der Friedensforschung und der Friedenspädagogik widmet).

Der Bund finanzierte bzw. förderte im Jahre 1981 Institute und Institutionen, die mit Friedens- und Konfliktforschung gemäß der hier zugrundeliegenden Abgrenzung befaßt waren, mit folgenden Beträgen (in TDM): *)

— Stiftung Wissenschaft und Politik – SWP – (für deren Institut für Internationale Politik und Sicherheit)	8 306
— Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)	498
— Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien	4 985
— Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konflikt- forschung (DGFK)	2 892
Summe	16 681

*) Auch die frühere Bundesregierung hat im übrigen diese vier Institutionen der „friedens- und sicherheitspolitischen Forschung“ zugerechnet. So der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt in einem Schreiben an den Bundesminister für Forschung und Technologie vom 30. März 1982.

Die Mittel für diese Institutionen sind von 11 668 TDM 1974 auf 16 681 TDM im Jahre 1981 angestiegen.

Für die DGFK hat der Bund im Zeitraum 1970 (Gründung) bis 1981 insgesamt 26 258 TDM aufgewandt.

Die Bundesländer haben 1981 der DGFK 772 TDM zur Verfügung gestellt (insgesamt seit 1970 4 591 TDM).

Das Land Hessen hat darüber hinaus 1981 1 316 TDM für die 1970 gegründete Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) aufgewandt (insgesamt von 1970 – Gründung – bis 1981 10 884 TDM). Das Land Hamburg hat 1981 803 TDM für das Institut für Friedens- und Sicherheitsforschung an der Universität Hamburg (IFSH) zur Verfügung gestellt (insgesamt von 1974 bis 1981 5 061 TDM).

Die Aufwendungen für kleinere Universitätsinstitute und für Lehrstühle für Internationale Beziehungen (vor allem an den Universitäten Berlin und Frankfurt) sind nicht quantifizierbar.

Die Stiftung Volkswagenwerk hat über Jahre hinweg wichtige Vorhaben der Friedens- und Konfliktforschung gefördert, so u. a.

- die 1970 erschienene Untersuchung von Karl Kaiser zur Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland,
- die Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“ der VDW*) – Forschungsstelle in Hamburg unter Leitung von C. F. von Weizsäcker,
- maßgebliche Grundfinanzierung des IFSH (Hamburg) von 1971 bis 1976.

Die private Berghof-Stiftung dürfte jährlich etwa 800 TDM für Friedensforschung und Friedenspädagogik zur Verfügung stellen.

Tabelle 1 gibt eine Übersicht über Institute der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik Deutschland, soweit sie mindestens fünf hauptamtliche Wissenschaftler beschäftigen. Die Bundesregierung ist sich dabei der Tatsache bewußt, daß damit einzelne Wissenschaftler u. a. auch Lehrstuhlinhaber im Bereich internationale Beziehungen nicht erfaßt sind. Kleinere Forschungseinheiten sind nicht nur schwer erfaßbar, hier stellt sich vor allem auch die Frage, inwieweit dort Friedensforschung professionalisiert und hauptberuflich – insbesondere im Hinblick auf Lehrverpflichtungen etc. – betrieben wird.

Aus der jeweiligen Angabe des Gründungsjahres ergibt sich auch der institutionelle Aufbau im Zeitablauf.

Ein Vergleich der (personellen) Kapazitäten mit denjenigen vergleichbarer Länder ermöglicht auch einen ungefähren internationalen Vergleich (vgl. dazu Antwort zu Frage 2). Ein Vergleich der finanziellen Aufwendungen ist schon aufgrund der Währungsproblematik weder sinnvoll noch überhaupt mit vertretbarem Aufwand durchführbar.

*) Vereinigung Deutscher Wissenschaftler

2. Wie und in welchem Umfang wird die Friedens- und Konfliktforschung in anderen westlichen Industriestaaten wie in den USA, Japan, Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden oder Schweden an den Hochschulen oder in anderer Trägerschaft (Forschungsinstitute, Akademien, wissenschaftliche Gesellschaften oder ähnliches) betrieben? Lassen sich besondere, in der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht vorhandene Rechtsformen der Förderung und institutionellen Absicherung von Friedens- und Konfliktforschung in anderen Ländern auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland übertragen?

Einen Überblick über die entsprechenden Forschungskapazitäten in den Ländern USA, Japan, Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden und Schweden geben die Tabellen 2 bis 7. Dabei wird deutlich, daß zumindest in den USA, Großbritannien und den Niederlanden die Friedens- und Konfliktforschung stärker an den Universitäten verankert ist, als dies bisher in der Bundesrepublik Deutschland der Fall ist.

Die vorhandenen Unterlagen geben keinen konkreten Hinweis darauf, daß bestimmte Rechts- und Organisationsformen des Auslands „auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland übertragen“ werden sollten.

Im internationalen Vergleich zeigt sich darüber hinaus, daß die Bundesrepublik Deutschland mit 164 Wissenschaftlern auf dem Gebiet der Friedens- und Konfliktforschung gegenüber

- den USA mit 728,
- Großbritannien mit 121,
- Japan mit 118,
- Frankreich mit 121,
- den Niederlanden mit 102 und
- Schweden mit 43

eine durchaus beachtliche Kapazität erreicht hat.

4. Welchen Anteil hatten die Ausgaben für die Friedens- und Konfliktforschung des Bundes seit 1969 an seinen Gesamtausgaben für die sozialwissenschaftliche und klassisch-politikwissenschaftliche, strategische und ostpolitische Forschung? Läßt sich aus diesen Angaben für die Bundesregierung der Vorwurf einer „privilegierten Förderung“ an die Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik Deutschland ableiten?

Die Bundesregierung hält es nicht für sinnvoll, zwischen Friedens- und Konfliktforschung einerseits und „klassisch-politikwissenschaftlicher, strategischer und ostpolitischer Forschung“ andererseits trennscharf zu unterscheiden (wobei im übrigen zumindest noch Forschungen zum Völkerrecht und ausländischen öffentlichen Recht mit einzubeziehen wären). Die Gründe wurden in der Vorbemerkung unter Bezugnahme auf die entsprechend breite Abgrenzung der UNESCO dargelegt.

Selbst wenn man sich auf eine Unterscheidung von Friedens- und Konfliktforschung in einem „engeren“ und in einem „weiteren“

Verständnis einlassen würde und dafür anerkannte Kriterien hätte oder solche finden könnte, so wäre ein quantitativer Vergleich schon erhebungstechnisch nicht durchführbar: Die entsprechenden Trennlinien dürften wohl kaum mit Institutsgrenzen übereinstimmen, noch würden unbedingt alle Projekte eines Instituts entweder der einen oder der anderen Kategorie voll zu-rechenbar sein.

Der Ausdruck „privilegierte Förderung“, wie er in einer Pressemitteilung des Landes Schleswig-Holstein verwandt wurde, bezog sich nicht auf die Höhe der Förderung, sondern auf den Förderungsweg. Das Land Schleswig-Holstein stellte ausdrücklich den Bezug zu einer entsprechenden Überlegung im Gutachten des Wissenschaftsrates vom 30. Mai 1970 her. Dort heißt es: „Nach Ablauf einer angemessenen Frist (etwa fünf Jahren) sollte überprüft werden, ob die Friedens- und Konfliktforschung sich soweit entwickelt hat, daß die üblichen Methoden der Forschungsförderung an die Stelle der gesonderten Organisation der Förderung treten können.“

Die Bundesregierung stellt die finanziell herausgehobene Förderung in dem beschriebenen Sinne nicht in Frage. Bezüglich der organisatorischen Form der Förderung ist der Wissenschaftsrat um ein Gutachten gebeten worden. Mit seinen Empfehlungen ist im Sommer 1983 zu rechnen. Vorher hält die Bundesregierung eine abschließende Stellungnahme hierzu für verfrüht.

5. Wie hat sich nach Auffassung der Bundesregierung die Vermittlung der Friedensforschung in die politische und gesellschaftliche Praxis in unserem Lande entwickelt? Wie ist insbesondere die Zusammenarbeit der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) mit staatlichen Stellen (Bundesregierung und Kultusministerkonferenz) und mit wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, wie Parteien, Verbänden, Kirchen und Gewerkschaften zu sehen?

Es gab und gibt gute und eingespielte Informationsbeziehungen zwischen den größeren Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung und den Vertretern der Politik. Dies gilt insbesondere – und gemäß ihrem Auftrag – für SWP, DGAP und für das Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche Studien.

Auch die DGFK bemüht sich intensiv, die von ihr geförderten Wissenschaftler in Kontakt mit der Praxis zu bringen, insbesondere zum Beispiel gegenüber dem Auswärtigen Amt und gegenüber dem Bundesminister der Verteidigung. Intensive Kontakte werden auch zu den beiden Kirchen gepflegt. In den „Papieren für die Praxis“ werden laufend Forschungsergebnisse vorgestellt. Diese Bemühungen der DGFK können jedoch den direkten Kontakt zwischen der Wissenschaft und der an ihren Ergebnissen interessierten politischen Praxis – wie auch der Öffentlichkeit – nicht ersetzen.

6. Welche Aufgabe weist die Bundesregierung der Friedens- und Konfliktforschung bei der Verbreitung des Friedensgedankens zu, insbesondere bei der schulischen Friedenserziehung und der außerschulischen Jugendarbeit?

„Die Erhaltung des Friedens ist oberstes Ziel der Politik der Bundesregierung.“ Der Vermittlung des Friedensgedankens kommt daher gerade auch im Rahmen der schulischen Friedenserziehung und der außerschulischen Jugendarbeit eine bedeutende Aufgabe zu.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß Forschungseinrichtungen in erster Linie durch hervorragende Forschung und durch entsprechende Veröffentlichung der Ergebnisse dazu beitragen sollen, daß den in den Bildungseinrichtungen tätigen Lehrern und Dozenten Informationen und Materialien für ihre Arbeit zur Verfügung stehen. Dies ist der entscheidende Beitrag, den die Friedens- und Konfliktforschung zu der unverzichtbaren Vermittlung des Friedensgedankens leisten kann und leisten soll.

Die Bundesregierung hält es jedoch nicht für ratsam, Forschungseinrichtungen – losgelöst von ihrer wissenschaftlichen Aufgabe und Kompetenz – den Auftrag einer allgemeinen Verbreitung des Friedensgedankens unmittelbar zuzuweisen.

Auch Gustav Heinemann verstand im übrigen Friedensforschung, für die er sich einsetzte, als „streng wissenschaftliche Arbeit“ und nicht als „Propaganda für den Frieden“. *)

7. Wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Stiftung eines „Gustav-Heinemann-Friedenspreises für Jugendbücher“ durch die DGFK, und gedenkt sie, diesen Jugendbuchpreis weiter zu finanzieren?

Die Idee ist grundsätzlich zu unterstützen.

Die Bundesregierung würde es allerdings begrüßen, wenn es gelänge, auch Forschungsergebnisse so aufzubereiten, daß sie diesen Preis verdienen.

Der Preis könnte so einen Beitrag dazu leisten, daß Ergebnisse der Sozialforschung – hier der Friedens- und Konfliktforschung – in ähnlich ansprechender und verständlicher Form für Jugendliche dargestellt werden, wie das in Sachbüchern aus dem Bereich der Naturwissenschaft und Technik seit Jahrzehnten der Fall ist.

8. Soll nach Auffassung der Bundesregierung eine unabhängige Friedens- und Konfliktforschung in unserem Lande weiter aus Mitteln des Bundeshaushalts gefördert und von einer Institution getragen werden, die wie die DGFK der Mitwirkung durch gesellschaftliche Gruppen offensteht?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß eine ausreichende finanzielle Förderung und Ausstattung der Friedens- und Kon-

*) So zu entnehmen seiner Auseinandersetzung mit Kritikern der Friedensforschung im Rahmen der Ansprache anläßlich der Gründungsversammlung der DGFK, vgl. Gustav W. Heinemann, Reden und Interviews (II), herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, S. 33.

fliktforschung nach wie vor gewährleistet sein muß. Dazu wird sie auch in Zukunft ihren Beitrag leisten. Die Bundesregierung strebt dabei eine Form der Förderung an, die wieder von einem breiten politischen Konsens getragen wird.

9. Hält die Bundesregierung einen weiteren Ausbau der Friedensforschung in und außerhalb der Hochschulen in unserem Lande für sinnvoll und notwendig?

Die Bundesregierung hält einen weiteren Ausbau wissenschaftlich qualifizierter Friedens- und Konfliktforschung für notwendig. Sie wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten dazu beitragen, daß sich die Friedens- und Konfliktforschung auch an den Universitäten, zum Beispiel an Lehrstühlen für internationale Beziehungen, stärker als bisher etablieren kann.

Tabelle 1: Bundesrepublik Deutschland

Name und Sitz	Gründungs- jahr	Träger bzw. Organisationsform	Finanzierung	Zahl der hauptberuflichen wissenschaftlichen Mitarbeiter ¹⁾
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln	1961	Bundesanstalt	Bundesmittel; Drittmittel	30
Berliner Projektverbund der Berghofstiftung für Konfliktforschung, Berlin	1973	privat	Mittel der Berghofstiftung	10
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bonn	1955	privat	Bundesmittel; Drittmittel	12
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg	1957	privat	Mittel durch evangelische Kirchen	15
Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung	1970	öffentlich-rechtliche Stiftung	Landesmittel Hessen; Drittmittel, insbesondere DGFK	25
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburg	1971	private Stiftung, verbunden mit Universität Hamburg	bis 1976 teilweise VW-Stiftung; Landesmittel Hamburg; Drittmittel; insbesondere DGFK	8
Institut für Internationales Recht, Kiel	1913	Universitätsinstitut	Universitätsmittel	10
Institut für Politikwissenschaft, Arbeitsgemeinschaft Friedensforschung, Tübingen	1968	Universitätsinstitut	Drittmittel, insbesondere DGFK	8
Institut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Ebenhausen	1965	private Stiftung	Bundesmittel; Drittmittel	46

164

- 1) einbezogen wurden nur Institutionen mit fünf und mehr hauptberuflichen wissenschaftlichen Mitarbeitern
 Quellen u. a. UNESCO „World Directory of Peace Research Institution“ fourth edition revised, Paris 1981
 DGFK-Heft Nr. 10 „Forschungs- und Förderungseinrichtungen der Friedensforschung“ (zusammengestellt von P. Reichel), Bonn 1977

Tabelle 2: USA

Name und Sitz	Gründungs- jahr	Träger bzw. Organisationsform	Finanzierung	Zahl der hauptberuflichen wissenschaftlichen Mitarbeiter ¹⁾
California Seminar on Arms Control and Foreign Policy, Santa Monica	1970	privat, getragen von California Institut of Technology and Rand Corporation	privat, im übrigen keine Angaben	300
Carnegie Endowment for International Peace, New York	1910	private Stiftung	Stiftermittel	30
Center for International Security Studies, Pittsburgh	1975	öffentlich, Universitätsinstitut	keine Angaben	21
Center for International Studies, New York	1965	öffentlich, Universitätsinstitut	öffentliche Mittel	6
Center for Nonviolent Conflict Resolutions, Haverford, Pennsylvania	1969	privat, universitätsnah	private Mittel	14
Center for the Study of Arment and Disarmement, Los Angeles	1962	privat, universitätsnah	keine Angaben	6
Center of International Studies, Princeton	1951	Stiftung der Universität	Stiftungsmittel; Drittmittel	42
Council on Foreign Relations, New York	1921	privat	Stiftungsmittel; sonstige Drittmittel	8
East-West Center, Honolulu	1960	öffentlich	US-Congress- und Drittmittel	85
Foreign Policy Research Institute, Philadelphia	1955	öffentlich	keine Angaben	10
Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford	1919	privat, universitätsnah	keine Angaben	50
Hudson Institute, Croton-on Hudson, State New York	1961	privat	öffentliche Zuschüsse; Drittmittel	30
Institute for Policy Studies, Washington	1963	privat	private Beiträge	35
Institute of War and Peace Studies, New York	1951	privat, universitätsnah	keine Angaben	15
Rule of Law Research Center, Durham, North Carolina	1958	universitätsnah	keine Angaben	10
Mershon Center, Columbus, Ohio	1967	privat, universitätsnah	keine Angaben	38
Sonstige kleinere Universitätsinstitute (Michigan University, Colgate University, University of Pennsylvania, Cornell University)			überwiegend Universitätsmittel	28
				<hr/> 728

1) einbezogen wurden nur Institutionen mit fünf und mehr hauptberuflichen wissenschaftlichen Mitarbeitern

Quellen: UNESCO „World Directory of Peace Research Institution“ fourth edition revised, Paris 1981

DGFK-Heft Nr. 10 „Forschungs- und Förderungseinrichtungen der Friedensforschung“ (zusammengestellt von P. Reichel), Bonn 1977

Tabelle 3: Japan

Name und Sitz	Gründungs- jahr	Träger bzw. Organisationsform	Finanzierung	Zahl der hauptberuflichen wissenschaftlichen Mitarbeiter ¹⁾
Department of International Relations, University of Tokyo	1951	Universität Tokyo	öffentliche Mittel	20
Institute of international relations for advanced studies on Peace and Development in ASIA, Sophia University, Tokyo	1969	Universität Sophia	Universität; Spenden	10
Japan Institute of international Affairs, Tokyo	1960	keine Angabe	keine Angabe	7
Nihon Heiwa Kenkyu Kondankai, Tokyo	1966	privat, Institut an der Chuo Universität	öffentliche Mittel	50
Peace Studies Association of Japan, Tokyo	1973	Waseda Universität	Mitgliedsbeiträge; Spenden	31
				<hr/> 118

- 1) einbezogen wurden nur Institutionen mit fünf und mehr hauptberuflichen wissenschaftlichen Mitarbeitern
 Quellen: UNESCO „World Directory of Peace Research Institution“ fourth edition revised, Paris 1981
 DGFK-Heft Nr. 10 „Forschungs- und Förderungseinrichtungen der Friedensforschung“ (zusammengestellt von P. Reichel), Bonn 1977

Tabelle 4: Großbritannien

Name und Sitz	Gründungs- jahr	Träger bzw. Organisationsform	Finanzierung	Zahl der hauptberuflichen wissenschaftlichen Mitarbeiter ¹⁾
Centre for the Analysis of Conflict, Canterbury	1947	Universität Kent	Projektfinanzierung, insbesondere durch Stiftungen und den National Research Council	10
Peace and Conflict Research Programme, Lancaster	1964	universitätsnahes Institut	Universitätsmittel; Stiftungsmittel	8
Royal Institute of International Affairs, London	1920	privat	keine Angaben	ca. 40 ²⁾
Science Policy Research Unit, Brighton	1966	Universität Sussex	öffentliche Mittel; Stiftungsmittel; sonstige Drittmittel	40
Zwischensumme national				ca. 98
International Institute for Strategic Studies, (IISS), London	1957	privates Institut mit Mitgliedschaften aus ca. 50 Ländern	Mitgliedsbeiträge; Stiftungsmittel, u. a. VW-, Thyssen-Stiftung	23
Gesamtsumme (mit IISS)				ca. 121

- 1) einbezogen wurden nur Institutionen mit fünf und mehr hauptberuflichen wissenschaftlichen Mitarbeitern
 2) geschätzt als Anteil vom Gesamtpersonal

Quellen: UNESCO „World Directory of Peace Research Institution“ fourth edition revised, Paris 1981
 DGFK-Heft Nr. 10 „Forschungs- und Förderungseinrichtungen der Friedensforschung“ (zusammengestellt von P. Reichel), Bonn 1977

Tabelle 5: Frankreich

Name und Sitz	Gründungs- jahr	Träger bzw. Organisationsform	Finanzierung	Zahl der hauptberuflichen wissen- schaftli- chen Mitar- beiter ¹⁾
Centre d'Etudes, de Recherches et de Documentation sur le Desarmement, Paris	1978	Université de Paris I, Sorbonne	öffentlich	16
Centre d'Etudes et de Recherches Internationales, Paris	1952	Nationalstiftung für Politische Wissenschaften	öffentlich	42
Groupe de Sociologie de la Défense de l'école des hautes études en science sociale, Paris	1974	privat	privat	10
Institut de recherche économique et de planification du développement, Grenoble	1969	Universität Grenoble	öffentlich	43
Institut Français de polémologie, Paris	1945	privat	privat	10
				<hr/> 121

1) einbezogen wurden nur Institutionen mit fünf und mehr hauptberuflichen wissenschaftlichen Mitarbeitern

Quellen: UNESCO „World Directory of Peace Research Institution“ fourth edition revised, Paris 1981

DGFK-Heft Nr. 10 „Forschungs- und Förderungseinrichtungen der Friedensforschung“ (zusammengestellt von P. Reichel), Bonn 1977

Tabelle 6: Niederlande

Name und Sitz	Gründungs- jahr	Träger bzw. Organisationsform	Finanzierung	Zahl der hauptberuflichen wissen- schaftli- chen Mitar- beiter ¹⁾
Institute of Social Studies, JR The Hague	1952	öffentliche Stiftung	öffentliche Mittel	ca. 40 ²⁾
Instituut voor internationale Studien, Leiden	1970	Rijksuniversiteit te Leiden	öffentliche Mittel	6
Nederlands Instituuts voor Vredesvraagstukken (for studies on Peace and Security), 's-Gravenhage	1969	öffentlich	öffentliche Mittel	8
Polemologisch Instituut, Groningen	1962	Rijksuniversiteit te Groningen	Universitätsmittel	25
Seminarium voor volkenrecht en internationale betrekkingen (for international Law and Relations), Amsterdam	–	öffentlich	öffentliche Mittel	8
Studienzentrum voor Vredesvraagstukken (Peace Research Center), Nijmegen	1965	Universität te Nijmegen	keine Angaben	15
				<hr/> 102

1) einbezogen wurden nur Institutionen mit fünf und mehr hauptberuflichen wissenschaftlichen Mitarbeitern

2) geschätzt als Anteil vom Gesamtpersonal

Quellen: UNESCO „World Directory of Peace Research Institution“ fourth edition revised, Paris 1981

DGFK-Heft Nr. 10 „Forschungs- und Förderungseinrichtungen der Friedensforschung“ (zusammengestellt von P. Reichel), Bonn 1977

Tabelle 7: Schweden

Name und Sitz	Gründungs- jahr	Träger bzw. Organisationsform	Finanzierung	Zahl der hauptberuflichen wissen- schaftli- chen Mitar- beiter ¹⁾
Department of Peace and Conflict Research, Uppsala	1969	Universität Uppsala	Universitätsmittel; Drittmittel	6
Research Policy Institute, Lund	1966	Universität Lund	Universitätsmittel; öffentliche Zuschüsse	14
Swedish Institute of Interna- tional Affairs, Stockholm	1938	privat	keine Angaben	11
Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Stockholm	1966	privat	öffentliche Mittel (Parlament)	12
				<hr/> 43
nachrichtlich: Research Institute for National Defense, Stockholm	1945	Verteidigungsministerium	öffentliche Mittel	800 ²⁾

1) einbezogen wurden nur Institutionen mit fünf und mehr hauptberuflichen wissenschaftlichen Mitarbeitern

2) Laut UNESCO „World Directory of Peace Research Institutions“ wird dort auch Friedensforschung betrieben (Umfang unbekannt)

Quellen u. a. UNESCO „World Directory of Peace Research Institution“ fourth edition revised, Paris 1981
DGFK-Heft Nr. 10 „Forschungs- und Förderungseinrichtungen der Friedensforschung“ (zusam-
mengestellt von P. Reichel), Bonn 1977